Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindesmissbrauchs stoppen und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen (Po 19.4105)

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Lütolf, Lukas
Schmid, Catalina

Bevorzugte Zitierweise

Lütolf, Lukas; Schmid, Catalina 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindsmisbrauchs stoppen und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen (Po 19.4105), 2021 - 2024.* Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 17.04.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Rechtsordnung	1
Strafrecht	1
Kriminalität	1

Abkürzungsverzeichnis

UNO Organisation der Vereinten Nationen

ONU Organisation des Nations unies

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Rechtsordnung

Strafrecht

POSTULAT
DATUM: 05.06.2024
LUKAS LÜTOLF

Im Sommer 2024 schrieb der Nationalrat im Rahmen des Berichts des Bundesrates über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2023 das Postulat Regazzi (cvp, TI) zur Prüfung von **Massnahmen zur Bekämpfung von sexueller Gewalt an Kindern im Internet und Kindesmissbrauch via Live-Streaming** ab. Der Bundesrat verwies in seinem schriftlichen Antrag auf **Abschreibung** auf den im Dezember 2023 veröffentlichten Bericht zum Thema und betrachtete das Postulat somit als erfüllt.¹

Kriminalität

POSTULAT
DATUM: 21.09.2021
CATALINA SCHMID

Die Fallzahlen von Cyberpädokriminalität stiegen seit Jahren an und befanden sich gegenwärtig «auf einem Allzeithoch», so die Schätzungen des FBI und der UNO. Diese Erkenntnis veranlasste Fabio Regazzi (cvp, TI) im Jahr 2019 dazu, mittels Postulat eine Prüfung von rechtlichen und sonstigen **Massnahmen zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Kindern via Live-Streaming** zu fordern. Als mögliche Massnahme solle insbesondere der Einsatz von computergenerierten, künstlichen Bildern von Kindern zur Anlockung potenzieller Täter geprüft werden. Dieser Ansatz habe sich in den Niederlanden bereits seit 2014 als sehr effizient und wirksam entpuppt, sodass auch Deutschland vorhabe, diesen künftig einzusetzen. Der Bundesrat sei sich der – durch die Covid-19-Pandemie noch zusätzlich verstärkten – Zunahme von Pädokriminalität im Internet und der deshalb grossen Relevanz von deren Bekämpfung sehr bewusst, unterstrich Justizministerin Karin Keller-Sutter im September 2021 im Ratsplenum. Die Bekämpfung von Pädokriminalität liege jedoch grundsätzlich in der Zuständigkeit der Kantone, dies insbesondere seit der Rückübertragung bestimmter Aufgaben vom Bund an die Kantone zu Beginn des Jahres 2021. Der Bundesrat vertrat die Meinung, dass diese Rollenverteilung effizient und wirksam im Kampf gegen die Pädokriminalität sei und dass daran festgehalten werden müsse. Aus diesem Grund beantragte er die Ablehnung des Postulats. Der Nationalrat nahm das Postulat Regazzi in der Herbstsession 2021 entgegen diesem Antrag mit 146 zu 37 Stimmen bei 4 Enthaltungen an. Die Zustimmung zum Postulat war parteilich breit abgestützt und vereinte vorwiegend Nationalrätinnen und -räte der Grünen, der SP, der Mitte und der SVP. Die Grünliberalen und die FDP lehnten das Postulat grösstenteils ab.²

1) BBl, 2024 831 (S. 36)

2) AB NR, 2021, S. 1746 f.; Po. 19.4105